

Das andere Modell — mit „Ost-Fimmel“ ^{FR}

Vom gescheiterten Dachverband in den neuen Bundesländern ^{17.12.92 (6)}

Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland hat mittlerweile zu westdeutscher Normalität gefunden: Sie ist Sache weniger. Ansonsten unterscheidet sie sich deutlich von dem, was Deutschland-West da bietet.

Zunächst vom Aufbau her. Da gibt es keine alljährlichen Wahlkampfeschlachten, in denen die Funktis mal richtig Politik spielen können. Sondern da wählen die Fachschaften ihre SprecherInnen als Personen nach dem simpelsten Prinzip, das die Demokratie zu bieten hat: Wer die meisten Stimmen in der Fachschaftsvollversammlung kriegt, vertritt diese im Hochschul-StudentInnenRat (StuRa). Fraktionen sind folglich dort erst mal nicht vorhanden. Der vielfach belächelte Ost-Fimmel — das Konsensprinzip — bestimmt meist die inhaltliche Arbeit. Der Hochschul-StuRa wählt dann wiederum seine SprecherInnen und ReferentInnen. Daneben gibt es Arbeitsgruppen, die von jeder Studentin/jedem Studenten zu einem interessierenden Thema gebildet werden können. Als Schutz gegen Basisferne des StuRa sehen die meisten Satzungen auch die Möglichkeit der Urabstimmung vor. Diese kann dann alles kippen, was der StuRa beschlossen oder anderweitig vorhat — soweit der rechtliche Rahmen nicht überschritten wird. (...)

Bis 1989 hatte das studentische Vertretungsmonopol die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), also hauptamtliche Funktionäre. Deren Vertretung der Studentenschaft ging oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der Studierenden vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit der Uni-Parteileitung sowie Rektorat. Und sie konnte selbst bei gutem Willen einzelner Funktionäre den durch das Selbstverständnis als „Kampfreserve der Partei“ gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.

Dagegen setzten im Herbst '89 die studentischen AktivistInnen der ersten Stunde als Ausgangspunkt: Studentische Interessen sollen künftig durch Studierende vertreten werden. Und also entstanden die StudentInnenRäte. Sie erlebten dann eine euphorische Phase, als das ganze Land den Anschein machte, jetzt reiße die massenhafte Emanzipation ein. Dann folgte die Desillusionierung, und

seitdem geht es bergauf und bergab mit den StuRä. Aber meist rappeln sie sich immer wieder auf. Mittlerweile ist die dritte Generation am Wirken.

Im März 1990 war auch gleich ein Dachverband aus der Taufe gehoben worden, die Konferenz der StudentInnenRäte der DDR mit einem koordinierenden Republiksprecherrat. Der Verband heißt mittlerweile mangels DDR Konferenz der StudentInnenschaft (KdS) und der Sprecherrat mangels Republik Koordinierungsrat (KoRa). Über diesen Dachverband wurde intensiv versucht, die Reibungsverluste für die Studierenden im holprigen deutschen Vereinigungsprozeß zu minimieren. Der Druck der Situation und Ereignisse zwang ihn, trotz widrigster technischer und materieller Bedingungen in kürzester Zeit ein effektives Informations- und Vertretungssystem aufzubauen. Derzeit beschäftigt sich die KdS insbesondere damit, die massenhafte Doppelerfindung aller hochschul- und sozialpolitischen Fahrräder durch jeden einzelnen StuRa zu verhindern. Der Informationsaustausch zwischen den StudentInnenvertretungen vor Ort und die Entwicklung von Positionen zu Fragen der Landesgesetzgebung, zu Problemen der Studentenwerksarbeit (in den ostdeutschen StuWe-Verwaltungsräten besetzen die Studierenden jeweils fünfzig Prozent der Sitze), zum BAFöG und zu Fragen der Studienorganisation stehen dabei im Vordergrund. Hinzu kommt der Austausch über die zahlreichen Probleme, die mit der Hochschulerneuerung zusammenhängen. Daneben versucht die KdS, ostdeutsche Studierendeninteressen gegenüber Ministerien, Bundestag und sonstigen Gremien auf Bundesebene zu vertreten. (...)

Auf der letzten Mitgliederversammlung der KdS haben die StudentInnenRäte resümiert, daß „nach fast drei Jahren gemeinsamer Arbeit, die von großen Veränderungen des Umfeldes geprägt waren, die Vorstellungen der Mitglieder soweit auseinanderggegangen sind, daß kein gemeinsamer Nenner einer Tätigkeit einer Interessenvertretung gefunden werden konnte“. (Konferenz der StudentInnen-schaften: „Erklärung des Koordinierungsrates der KdS“, 9. November 1992.) Darüber hinaus gelang es nicht, „den Stu-

dentInnenRäten sowie den Studierenden den Sinn und die Notwendigkeit der Vertretung auf Bundesebene zu verdeutlichen. Unserer Einschätzung nach war dies systembedingt nicht möglich. Signifikant für die Vertretungsarbeit und deren Erfolge waren Anhörungen vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, die uns zeigten, daß ein Wille zur Beteiligung der Studierenden an den zu fällenden Entscheidungen nicht Sinn und Zweck der Veranstaltungen war. Erzielte Erfolge waren am Aufwand gemessen nicht vertretbar und vermittelbar. Negative Erfahrungen und Auffassungen mit und zur bundespolitischen Vertretung sind deshalb nicht den Studierenden und ihren Vertretern, sondern den verkrusteten politischen Strukturen anzulasten.

Die Mitgliederversammlung der KdS beschloß am 7. November 1992 deren Auflösung. Die StudentInnenRäte einigten sich auf eine konzentrierte Arbeit nach „innen“.

Am 8. November wurde zu diesem Zwecke ein Informationsnetz geschaffen, das fernerhin den Informationsaustausch unter den Studierenden im Osten der Bundesrepublik gewährleistet und themenspezifische Seminare veranstaltet.

Daneben gibt es dann auch noch auf Länderebene Koordinierungsgremien, wie die Konferenz der Sächsischen StudentInnenräte (KSS) oder den Landes-sprecherrat in Thüringen (LSR). Sie nehmen ähnliche Aufgaben wahr wie die ehemalige gesamtostdeutsche Konferenz, nur eben auf Landesebene.

Um die bundesweite Vernetzung der studentischen Aktivitäten werden seit zwei Jahren intensive Diskussionen geführt. Diese landeten bisher regelmäßig in Sackgassen, fanden aber auch immer wieder heraus. Die Debatte wird weitergeführt. Insbesondere unter den westdeutschen Studierendenvertretungen gibt es dabei sehr unterschiedliche Auffassungen zu Inhalten und Struktur einer bundesweiten Interessenvertretung, die zu vermitteln sind. Sukzessive werden auch zu Einzelpunkten Kompromißformeln gefunden. Es kann diesbezüglich also durchaus gebremst optimistisch in die Zukunft geschaut werden.

PEER PASTERNAK

Aus: Universität Leipzig, 6/92.